

Für bäuerliche Landwirtschaft, aber entschieden gegen Massentierhaltung in Hoisdorf!

So lautete das Motto mit dem einige engagierte Frauen eine Unterschriftenaktion starteten. Nicht alle Straßen in Hoisdorf konnten abgegangen werden. Trotz Urlaubszeit wurden immerhin in Kürze **917 Unterschriften** gegen die beantragte Schweinemast gesammelt. Man kann von über 80% Ablehnung in der Hoisdorfer Bevölkerung ausgehen. Auch die vielen Leserbriefe im Abendblatt, Markt bzw. Emails ermutigen uns, weiterhin das Genehmigungsverfahren kritisch zu begleiten und insbesondere auf Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften zu achten. Von einem örtlichen Landwirt wurden die von der CDU veröffentlichten Daten angezweifelt. Wir blei-



ben dabei, alle abgegebenen Zahlen zum Standort/Mastplätze sind Fakt und halten jeder Prüfung stand. Insbesondere die anfallende Güllemenge von ca. 4.200 m³ stützt sich auf wissenschaftliche Untersuchungen der landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Sachsen-Anhalt. Wir werden weiterhin auf ein unabhängiges ökologisches Gutachten bestehen, da die Stellungnahme zum Immissionsschutz mangelhaft ist.

Im Hinblick auf die Zuwegung werden wir keine Minimallösung akzeptieren! Es sind Verbindungswege so wie es die Richtlinien für den ländlichen Wegebau fordert. Die 40ig Tonner (Ferkel, Mastschweine, Kraftfutter) sollen über den Sieker Berg



Wolfgang Andresen

die geplante Mastanlage ansteuern. Dieser Verbindungsweg ist von großer Bedeutung, muss daher ganzjährig mit hohen Achslasten befahrbar sein. Hier ist ein hoher Investitionsbedarf vorhanden.

Die Bewirtschaftung der 127 ha Nutzfläche wird mit landwirtschaftlichen Geräten, wie z.B. Güllewagen, über den Wastenfelder Redder zum Baumkaten erfolgen. Auch dies ist ein Verbindungsweg, und die Breite/Belastung der Straße muss ebenfalls so bemessen sein, dass eine dauernde Beanspruchung sichergestellt werden kann. Diese Maßnahmen sind äußerst kostenintensiv! Daher werden wir darauf achten, dass § 27 des Straßen- und Wegegesetzes angewendet wird, nämlich alle Kosten, inkl. die der Unterhaltung der Straße, zu Lasten des Antragstellers gehen.

Die Filter der neuen Generation sind zukünftig erst ab 2.000 Mastplätze zwingend vorgeschrieben: Investitionsvolumen bei 1.460 Mastplätzen ca. Euro 85.000,-. Sollten diese Filter aus wirtschaftlichen Gründen nicht verbaut werden, ist zu prüfen, wie es sich auf die Immissionen auswirkt. Werden die Filter installiert, dürfte dies eine Aufstockung der Mastplätze bedeuten, so wie es schon in der Bauvoranfrage angekündigt wurde, nämlich **„...mit 1.460 Mastplätzen soll begonnen werden.“** Wohin mit all der gesundheitlich schädlichen Gülle?

Die CDU Hoisdorf/Oetjendorf hat aus ihrer Tradition heraus schon immer die bäuerliche Landwirtschaft und deren Aussiedlungswünsche unterstützt. Dies wird sie auch in Zukunft tun. Eine Schweinemastanlage sowie jegliche andere Masttierhaltung lehnen wir aus ethischen und ökologischen Gründen grundsätzlich ab.

Warum ?

**Irritationen beim Verkauf der gemeindeeigenen „Rentnerhäuser“!
Der eigentliche Verkauf ist unstrittig, war auch im August 2013 kurzzeitig
in der Diskussion. Allerdings sollte sich die DGH folgende Fragen
gefallen lassen:**



- **Warum** wurde der Gemeinde „unaufgefordert“ schon 2 Monate später ein Kaufangebot einer gut bekannten Firma zu einem minderen Preis unterbreitet?
- **Warum** wurde dieses Kaufangebot zu einem minderen Preis Grundlage einer Verkaufsempfehlung der DGH?
- **Warum** befürwortete die DGH das Kaufangebot ohne Informationen über marktübliche Preise zu kennen?
- **Warum** wurde die Erstellung eines Wertgutachtens, so wie es die CDU gefordert hat, von der DGH abgelehnt?
- **Warum** wurden bei der von der CDU geforderten Ausschreibung kaufmännische Grundsätze außer Acht gelassen?

- **Warum** wurde einer renommierten und seriösen Maklerfirma kein Auftrag zur Vermarktung erteilt, obwohl mittlerweile drei Interessenten Kaufabsichten bekundet haben?

Die CDU Fraktion musste handeln!

Wir haben auf eigene Rechnung ein Wertgutachten in Auftrag gegeben. Der Verkehrswert der Immobilien wurde gegenüber der Verkaufsempfehlung seitens der DGH mit **deutlich mehr als Euro 100.000,-** übertroffen! Bei mehr Zeit hätte ein amtliches Gutachten einen noch höheren Mehrerlös ergeben. Mit großem Engagement der CDU konnte letztendlich auch ohne Maklerauftrag der Verkauf kurzfristig zum vorgegebenen Verkehrswert plus vieler sozialer Komponenten getätigt werden! Ein nicht unerheblicher Vermögensschaden zu Lasten der Gemeinde Hoisdorf konnte somit abgewendet werden!